

Das türkis-grüne Regierungsprogramm:



**Eine Analyse mit
Schwerpunkt
Verteilung & Klima**

**// MOMENTUM
/ INSTITUT**

/REGIERUNGSPROGRAMM

Sinkende Steuern vor allem für UnternehmenInnen und AnlegerInnen und niedrigere Tarife bei der Einkommensteuer, eine Fortsetzung des rechten Asylkurses von Türkis-Blau und viele ausgesparte Felder, die die Regierung offenbar nicht mehr angreifen möchte: etwa die Mindestsicherung.

Verteilungspolitisch bringt Türkis-Grün wenig bis nichts: die Steuersenkungen kosten Milliarden, Vermögensteuer und Erbschaftssteuer kommen nicht.

Fortschritten im Energie- und Heizungskapitel steht ein Verkehrskapitel gegenüber, das vor allem vage bleibt. Zwei Milliarden Euro mehr für die Öffis sind dabei eine gute Idee. Das im Regierungsprogramm aber für die CO₂-Steuer (oder ein nationales Emissionshandelssystem) nicht einmal ein Volumen oder ein ungefährer Bereich angegeben wurde, ist absurd.

Viele Vorhaben bleiben ohne budgetäre Bedeckung oder garantiertem Volumen, darunter neue Kinderbetreuungsplätze oder der Ausbau der Frauenhäuser.

Auf den nächsten Seiten findet ihr unsere Analyse zu den einzelnen Themen des veröffentlichten Regierungsprogramms von Türkis-Grün.

/ Ein Überblick

/ Klimaschutz und Energie

- / + Erneuerbare Stromerzeugung bis 2030
- / + Verbot von Ölheizungen, und verpflichtender Austausch, Plan für Ausstieg aus Gas im Neubau
- / O Green Deal nicht als staatliches Investitionsprogramm, sondern als Subvention für Unternehmen

/ Verkehr

- / + Zwei Milliarden für Nah- und Regionalverkehr
- / + Senkung der Bahnstrom-Abgabe
- / O Flugticketabgabe steigt für die meisten Flüge deutlich
- / O Große Ziele für Radverkehr, schwache Maßnahmen
- / - Straßenbaustopp oder niedrigere Tempolimits nicht im Programm enthalten, weiteres Vorgehen der ASFINAG unklar
- / - Keine verpflichtenden Abbiegeassistenten für Lkw

/ Umwelt

- / O Luftqualität bleibt ohne konkrete Maßnahmen
- / O Bodenversiegelung: äußerst ambitioniertes Ziel ohne konkrete Maßnahmen

/ Staat und Verfassung

- / + Open Data Ausbau
- / + Abschaffung des Amtsgeheimnisses

/ Wirtschaft & Finanzen

- / O Senkung der Steuerquote auf 40% verhindert Spielraum zur Bewältigung des demographischen Wandels
- / O Niedrigere Lohn- und Einkommensteuer ohne Fokus bedeutet starke Einnahmehausfälle, Millionärssteuer läuft ersatzlos aus
- / O Ökosoziale Steuerreform bleibt vage: während niedrigere Steuern genau festgeschrieben sind, fehlt CO2-Preis oder Volumen der Klimabesteuerung gänzlich.
- / - Bei Konjunkturabschwächung sind Klimainvestitionen gefährdet oder Sparpaket notwendig (weil: Bekenntnis zu Nulldefizit)
- / - weiterhin keine Erbschafts- und Vermögenssteuern
- / - Senkung der Unternehmenssteuern (KöSt) kostet bis zu 2 Mrd. Euro und bringt wenig für die Konjunktur

/ Soziale Sicherheit & Pensionen

- / O Automatisches Ehegattensplitting für die Pension löst nur Symptome, hilft nicht gegen Kinderbetreuungs-Mangel
- / - Zahl armutsgefährdeter Menschen soll halbiert werden, Maßnahmen dafür bleiben aus
- / - keine Verbesserung der Mindestsicherung

/ Bildung

- / + Chancenindex kommt zumindest als Pilotversuch
- / O Mehr PsychologInnen und mehr Administrationskräfte für Schulen: oft gefordert, aber auch im Regierungsprogramm nicht mit Zahlen und Budget unterlegt.

/ Pflege & Gesundheit

- / + kein Ausbau von Selbsthalten
- / O Pflegende Angehörige sollen entlastet werden
- / - Großer Wurf bleibt aus, kein Volumen für groß angelegten Ausbau der Versorgung
- / - keine Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege
- / - Türkis-Blauer Umbau der Sozialversicherung wird nicht rückgängig gemacht

/ Arbeit

- / O Arbeitszeitkonten und Sabbatical-Modelle zu begrüßen, bleiben aber an BesserverdienerInnen orientiert
- / - 12-Stunden-Tag bleibt
- / - neue Sanktionen oder „Anreize“ für Arbeitslose

/ Frauen

- / + Aufstockung des Budgets von frauenspezifischen Einrichtungen
- / O Umstrittene Anzeigepflicht für sexuelle Gewalt bleibt, soll konkretisiert werden

/ Familien

- / + Unterhaltsproblematik wird erkannt
- / O 10000 Betreuungsplätze pro Jahr sollen neu geschaffen werden, nähere Angaben fehlen aber
- / - kein Ausbau der Väterkarenz oder bezahlter Pappamonat

/ Asyl & Integration

- / - Linie von Türkis-Blau wird de facto fortgesetzt
- / - Vorbeugehaft trotz Verfassungsbedenken
- / - Kopftuchverbot bis 14

/ Klimaschutz, Infrastruktur & Umwelt

Klimaschutz & Energie

Im Bereich Klimaschutz und Energie geizt das Regierungsprogramm nicht mit ambitionierten Zielen. Klimaneutralität soll bereits ab 2040 erreicht werden, um Jahre früher als in den Wahlprogrammen von ÖVP und Grünen gefordert. Ab 2030 soll die Stromerzeugung ausschließlich aus erneuerbaren Quellen kommen. Österreich solle konsequenter Klimaschutzvorreiter sein.

Auch in der Vergangenheit waren politische Ziele durchaus ambitioniert, es fehlten aber die Maßnahmen und die politische Konsequenz, um die Ziele auch zu erreichen. Der Nationale Klimaplan soll nachgebessert werden und ein Klimagesetz mit verbindlichen Zwischenzielen bis 2030 kommen, aber auch hier bleiben Details offen. Verbindliche Ziele für unterschiedliche Sektoren sollen festgelegt werden. Die Rolle des Umweltbundesamts soll gestärkt werden, indem es ein zeitnäheres und laufendes, unabhängiges Monitoring der Klimapolitik abliefern.

Der derzeit mit rund 12 Mio. Euro Jahresbudget äußerst karg dotierte Klima- und Energiefonds soll budgetär aufgestockt werden, eine Zahl fehlt allerdings.

Die Verwaltung soll mit gutem Beispiel vorangehen und alle Institutionen des Bundes inkl. nachgelagerter Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen, sollen eine thermische Sanierungsquote von 3% umsetzen, ab 2021 Ökostrom beziehen und ihren Fuhrpark ab 2022 auf

emissionsfrei betriebene Fahrzeuge umstellen.

Auch das Vergaberecht wird genützt, um regionale und saisonale Beschaffung umzusetzen.

Eine Sanierungsoffensive durch stärkere Förderungen soll angestoßen werden, um eine thermische Sanierungsrate von 3% zu erreichen. Dabei soll auch die Sanierungsqualität berücksichtigt werden, indem Nullemissionsgebäude nach und nach zum Standard werden. Für Elektrofahrzeuge soll es bei allen Neubauten Lademöglichkeiten geben.

Im Bereich Heizung soll Fernwärme (die Stück für Stück "grüner" werden soll) forciert, auf Heizöl, Kohle und fossiles Gas verzichtet werden. Wenn mit der "Entflechtung" der Wärmenetze eine Trennung zwischen Infrastruktur und Produktion analog der E-Wirtschaft gemeint ist, kann das kontraproduktiv sein, in dem es die Aufmerksamkeit weg vom Klimathema hin zu Regulierung wendet.

Durchaus mit Zähnen ausgestattet ist das Bundesgesetz für den Ausstieg aus Öl und Kohle im Gebäudesektor. Im Neubau ab 2020, bei Heizungswechsel ab 2021 und ein verpflichtender Austausch von besonders alten Kesseln soll ab 2025 gelten. Neue Gasheizungen sollen erst ab 2025 im Neubau nicht mehr zulässig sein.

Als Ziel werden 100% erneuerbarer Strom bis 2030 ausgegeben. Eine Reform der Ökostromförderung soll die nötigen 27 TWh Produktionskapazität schaffen, im Programm fin-

den sich detaillierte Zahlen für die jeweiligen Energieträger. Ein 1-Mio-Dächer-Programm soll auch die Photovoltaik ausbauen, bei der das größte Volumen hinzukommen soll. Das Unterstützungsvolumen dafür soll durchschnittlich 1 Milliarde Euro pro Jahr betragen. Die Streichung der Eigenstromsteuer macht eigene Stromerzeugung für Unternehmen in größeren Anlagen rentabler und trägt damit zum Ausbau erneuerbarer Energie bei, sie war aber schon von der alten Regierung in Aussicht gestellt worden.

Europaweit will sich die Regierung für einen Ausstieg aus Kohle und Atomenergie einsetzen. Das schon aus dem Wahlkampf bekannte Wasserstoff-Thema hat es auch ins Regierungsprogramm geschafft, hier sollen neue Technologien vor allem für Verkehr und Industrie entwickelt werden.

Ein „Green Deal“ ist nicht als staatliches Investitionsprogramm vorgesehen, sondern als Umweltförderungen für industrielle Projekte für mehr Energieeffizienz.

Positiv zu sehen ist die Aufstockung der angewandten und Grundlagenforschung im Energiebereich.

Verkehr & Infrastruktur

Die Sicherstellung eines stündlichen, ganztägigen ÖV-Angebots in Stadt und Land liest sich sicherlich gut. Gerade in den Regionen abseits der Ballungszentren macht das jedoch massive Angebotsausweitungen und damit deutliche Mehrausgaben nötig. Details sind offen.

Das 1-2-3-Österreich-Ticket hilft bundesländer-übergreifenden PendlerInnen sicher. Der Haupthebel, um die Nutzung der Öffis zu erhöhen, ist aber die Infrastruktur und das Angebot.

Für den Öffi-Ausbau ist eine zusätzliche Milliarde für die Ballungsräume vorgesehen und eine Milliarde für den Regionalverkehr; die Bundesländer müssen allerdings eine Kofinanzierung in einem noch unbekanntem Schlüssel stemmen. Das ist selbst aufgeteilt auf fünf Jahre nicht wenig Geld und kann sicher dazu beitragen, das Angebot zu verbessern – der sprichwörtliche Quantensprung ist es nicht. Gerade im Infrastruktur-Bau muss zudem auf das Tempo geachtet werden, lange Vorbereitungs- und Planungszeiten lassen eine Realisierung innerhalb der Legislaturperiode zur Ausnahme werden.

Die Senkung der Energieabgabe auf Bahnstrom von €15/MWh auf rund €2/MWh ist eine gute Nachricht. Sie verkleinert eine absurde Ungerechtigkeit, bei der Flugbenzin nicht, aber grüner Bahnstrom deutlich besteuert wird. Die Ersparnis soll zu günstigeren Tickets führen, für den Konsumenten wird sich das aber wenig bemerkbar machen.

Im Verkehrssicherheitsbereich wünscht man sich allgemein weniger Verkehrstote. Beim umstrittenen Thema Abbiegeassistent für Lkws haben sich hingegen die Frächter und die ÖVP durchgesetzt: hier gibt es keine Umrüstungsverpflichtung.

Große Ziele gibt es für den Fahrradverkehr, dessen Anteil von 7% auf 13% fast verdoppelt werden soll. Die für den Bund vorgesehenen Maßnahmen (Kilometergeld für dienstliche Radfahrten, Förderung für betriebliche Räder und Abstellmöglichkeit etc.) werden das Ziel allein aber keinesfalls erreichen.

Im Straßenverkehr ist vor allem interessant, was nicht im Papier steht: der von den Grünen geforderte Straßenbaustopp ist nicht zu finden. Auch zu konkreten Autobahnbauprojekten der

ASFINAG findet sich keine Zeile. Zumindest die unseligen 140-kmh-Strecken auf der Autobahn werden sofort beendet. Eine grundsätzliche Tempolimit-Senkung ist aber kein Thema. Im Güterverkehr soll ein Einfrieren der Schienenmaut für drei Jahre den Transport auf die Schiene voranbringen. Auch zusätzliche Subventionen sind angedacht.

Für den Flugverkehr wünscht man sich neben einer besseren Öffi-Anbindung des Wiener Flughafens vor allem internationale CO₂-Reduktionsmechanismen. Die seit 2011 existierende Flugticketabgabe, die bisher je nach Reiseweite zwischen 3,50, 7,50 und 17,50 Euro betragen hat, wird einheitlich auf 12 Euro festgesetzt. Das führt dazu, dass vor allem Flüge innerhalb Europas und des Mittelmeers preislich etwas unattraktiver werden. Existierende Steuerprivilegien für den Flugverkehr (Kerosin, Mehrwertsteuer) werden aber nicht angetastet. Flugtickets für die Langstrecke werden sogar um einige Euro billiger, wenn auch insgesamt die Einnahmen durch die Abgabe steigen dürften.

Ausbaumaßnahmen für die Öffis sind vorhanden und auch mit einer Zahl hinterlegt, das 1-2-3-Öffi-Ticket und die Senkung der Bahnstromabgabe sind sinnvoll. Man setzt also im Verkehrsbereich weiterhin stark auf Anreize. Maßnahmen, Autoverkehr in irgendeiner Weise (mit Push-Faktoren) unattraktiver zu machen, gibt es keine.

Umwelt- & Naturschutz

Zielformulierung: Die Bundesregierung tritt für den Erhalt der Artenvielfalt, den Verbund von Lebensräumen und die Förderung der Strukturvielfalt ein. Das Sustainable Development Goal

“Gesundes Leben” umzusetzen, also bis 2030 die Belastungen aufgrund gefährlicher Chemikalien oder Verschmutzung/Verunreinigung von Luft, Wasser und Boden drastisch zu reduzieren, ist genauso ein Ziel wie die Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung und Wasserressourcen, die Luftqualität beständig zu erhöhen und die österreichischen Böden mit einer Bodenschutzstrategie nachhaltig zu erhalten.

Kreislaufwirtschaft fördern und Abfallpolitik gestalten

Um die Kreislaufwirtschaft zu fördern, reichen die Vorschläge von einer Weiterentwicklung und Umsetzung des Abfallvermeidungsprogrammes, über die Aufrechterhaltung des natürlichen Stoffkreislaufs und gesetzlichen Rahmenbedingungen über Ressourcenmanagement bis zur Unterstützung von Modellregionen für die Kreislaufwirtschaft. Konkrete Zahlen und Ausformulierungen fehlen.

In puncto Abfallvermeidung/-reduktion wird ein Maßnahmenpaket “Reparatur” angekündigt, das steuerliche Begünstigungen für kleinere Reparaturservices, einen einfacheren Zugang für KundInnen ermöglicht, Re-Use-Aktivitäten oder Repair-Cafés fördert, Händlergarantien forciert oder finanzielle Anreize zur Wiederherstellung fördert. Zusätzlich werden langlebige, reparierbare und wiederverwertbare Produkte forciert, gesetzliche Rahmenbedingungen sollen den Mehrwegsystem-Ausbau auf den Weg bringen, ein Aktionsplan gegen Lebensmittelverschwendung über die gesamte Wertschöpfungskette endlich das Entsorgen genießbarer Lebensmittel abschaffen. Genauso soll in der Industrie angesetzt werden und ein Maßnahmenpaket geschnürt werden um die Verwen-

dung von Sekundärrohstoffen bei Industrie, Verpackungen und Baustoffen zu attraktivieren. Zusätzlich soll die Reduktion von Plastikverpackungen um 20% gesetzlich festgeschrieben und ein Aktionsplan gegen Mikroplastik entwickelt werden, der zwar mit Unterpunkten ausgestattet, aber nicht mit handfesten Details beschrieben wird. Umwelttechnologie aus Österreich soll durch einen Masterplan "Umwelttechnologie" ebenso unterstützt werden wie ein effizienter und reduzierter Chemikalieneinsatz durch Programme zur "Grünen Chemie".

Artenvielfalt erhalten - Natur schützen

Als erster Punkt, die Artenvielfalt zu erhalten, ist die Erneuerung und Weiterentwicklung der nationalen Biodiversitätsstrategie (Biodiversitätsstrategie 2030) genannt. Darauf folgen Punkte wie die Finanzierung eines Biodiversitätsfonds, der Unterstützung der Länder zur Ausweisung neuer und Erhaltung bestehender Wildnisgebiete, gemeinsam mit vielen anderen Maßnahmen, z.B zur Wiederherstellung von degradierten Ökosystemen, Entwicklung von Biotop-Verbundsystemen, dem Schutz vor Naturgefahren oder der Reduktion von Palmöl in allen Produkten auf nationaler und europäischer Ebene.

Wasser schützen

Die wohl wichtigsten Punkte beim Thema Wasser dieses Regierungsprogramms betrifft die Erhaltung der Wasserversorgung in der öffentlichen Hand. Zweimal wird darauf hingewiesen, dass "Kein Ausverkauf der Ressource Wasser" betrieben werden wird oder, dass die Trinkwasserversorgung in der öffentlicher Hand bleibt – ein Indiz dafür, wie wichtig dieser Punkt den Grünen ist.

Saubere Luft und besserer Lärmschutz

Ziel ist, die EU-Richtwerte zum Gesundheitsschutz und des Sustainable Development Goals 3 "Gesundes Leben" einzuhalten, die Weiterentwicklung und Umsetzung des nationalen Luftreinhalteprogramms, Verbesserungen im ImmissionsschutzG-Luft, die Entwicklung von Aktionsplänen für lärmbelastete Gebiete oder einer Lärmschutzoffensive im Straßenverkehr sind weitere Aufgaben, die diese Regierung erledigen will.

Gesunde Böden und zukunftsfähige Raumordnung

Der Bodenverbrauch soll mit einem Zielpfad auf 2,5ha/Tag bis 2030 erreicht werden, in der Zwischenzeit sollen zusätzliche Bodenversiegelungen durch die Entsiegelung von anderen Flächen kompensiert werden. Das bundesweite Monitoring, Leerstandsmanagement und zB die Stärkung der überregionalen Raumplanung sollen Boden- und Flächenverschwendung zukünftig abschaffen.

Umweltverfahren verbessern

Die Einrichtung einer Plattform für die Ankündigung und Veröffentlichung von (umweltrechtlichen) und auch aktuell bereits veröffentlichungspflichtigen Bescheiden bringt Kosteneinsparungen für Behörden und ProjektwerberInnen. Andere Vorschläge sind die Anpassung des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes (im Sinne der Rechtssicherheit an die Ergebnisse des Vertragsverletzungsverfahrens 2019/2224) oder die Forcierung eines länderübergreifenden Inn-Vertrages mit Bayern und der Schweiz zur Verbesserung der Gewässer-Ökologie.

Umwelt- und Naturschutz sind ganz klar grüne Gebiete. Dabei haben sie auch wichtige Punkte in diesem Regierungsprogramm formuliert. Dass trotzdem nur das Ziel, die Bodenversiegelung bis 2030 auf 2,5ha/Tag von derzeit (Stand 2018) 12,9ha/Tag zu senken, mit einer Zahl belegt wurde, ist jedoch enttäuschend. Zusätzlich bietet diese schwammige Formulierung der Umwelt-ExpertenInnen dem Koalitionspartner

erneut Wege, die Entwicklung konkreter Maßnahmen von vorneherein budgetär im Keim zu ersticken. Erneut bleibt auch hier die Frage der Finanzierung unbeantwortet.

/ Staat & Verfassung

In diesem Bereich konnte das grüne Verhandlungsteam weitreichend punkten: So soll ein umfassender Grundrechtekatalog erarbeitet werden, öffentliche Aufträge an ökosoziale Vergabekriterien gebunden werden, eine Wahlrechtsreform sicherstellen, so dass die Briefwahl einfacher und attraktiver wird. Umfangreich gestaltet sich auch das Kontroll- und Transparenzpaket, das die Abschaffung des Amtsgeheimnisses zum Ziel hat, ein einklagbares Recht auf Information vorsieht sowie die Pflicht zur aktiven Informationsveröffentlichung, etwa durch Schaffung eines Transparenzregisters. Alle Informationen sollen innerhalb von vier Wochen gebührenfrei zur Verfügung stehen.

Mehr Transparenz verordnet die Regierung

auch den Parteien: Die Prüfrechte des Rechnungshofs werden gestärkt, alle Spenden über 500 Euro sollen offengelegt werden, anonyme Spenden auf 200 Euro begrenzt werden, Sachspenden ebenfalls erfasst sein und ein Spendenverbot gibt es für Unternehmen, an denen die öffentliche Hand (mit)beteiligt ist. Außerdem werden die Strafen bei Überschreiten der Wahlwerbekosten erhöht und Vereine, die Ausgaben im Wahlkampf für eine Partei tätigen miterfasst.

Ein freies Spiel der Kräfte soll es im Parlament nach den Wünschen der türkisgrünen Regierung nicht mehr geben, Maßnahmen um Initiativanträge in Vorwahlzeiten zu verhindern, sollen zumindest geprüft werden.

/ Wirtschaft & Finanzen

Steuer-/Abgabenquote, Schuldenquote senken und Nulldefizit erreichen

Eine Steuerquote von 40% bleibt, wie schon unter Türkis-Blau, ein wirtschaftspolitisch völlig sinnloses Ziel. Steuern erfüllen den Zweck, notwendige staatliche Aufgaben zu finanzieren. Gerade in den nächsten Jahren werden durch den demographischen Wandel die Ausgaben für Pensionen, Pflege und Gesundheit steigen, um das gleiche würdevolle Versorgungsniveau wie heute auch in Zukunft für mehr ältere Menschen bieten zu können. Zwar sind diese Ausgaben durchaus vertretbar und prinzipiell problemlos finanzierbar, könnten aber bei ideologischen Dogmen wie „Steuer- und Abgabenquote keinesfalls über 40% des Bruttoinlandsprodukts“ nicht vorgenommen werden. Dadurch würde sich mehr Armut im Alter ergeben.

Die Fortsetzung der türkisen Politik mit grünen Einsprengseln ist ein Kompromiss, der bei Schönwetter gut halten wird. Denn solange die Konjunktur gut läuft, sinkt die Schuldenquote von alleine, während niedrige Zinsen den Staatshaushalt in den nächsten Jahren weiter entlasten werden und Ausgabenvolumen für den Klimaschutz freispielen. Hingegen ist nicht genau definiert, was bei einem Konjunkturabschwung passiert, der den Staatshaushalt einige Milliarden ins Defizit treiben würde. Was fällt dann zuerst, das Nulldefizit oder Klimainvestitionen? Oder einigt man sich gar auf Kosten von sozialen Belangen?

Entlastung bei der Lohn- und Einkommenssteuer

Einige der Tarifstufen bei der Einkommenssteuer sollen gesenkt werden. Das ist grundsätzlich positiv zu bewerten, weil Arbeit entlastet werden soll. Kritisch daran zu sehen ist, dass nicht klar ist, woher der Staatshaushalt den Einnahmefehl kompensieren soll, weil die ökologische Komponente der Steuerreform nicht ausformuliert ist. Unnötig an der Senkung der Grenzssteuersätze ist auch, dass dies nicht nur Niedrig- und Mittelverdiener betrifft. Auch der Millionär bekommt für diesen Einkommensbestandteil in absoluten Zahlen sogar eine höhere Entlastung. Das hätte man anders lösen können.

Millionärsteuer fällt ab 2021 weg

Gar nicht im Programm erwähnt wird der automatische Wegfall der von 2016 bis 2020 befristeten „Millionärssteuer“ für jene mit Lohn-einkommen über 1 Million Euro im Jahr. Die Solidaritätsabgabe wird offenbar nicht verlängert. Das ist kritisch zu sehen, weil gerade Personen mit über 1 Mio. Euro Verdienst einen höheren Beitrag zum Staatshaushalt leisten können – schließlich profitieren sie am meisten von staatlicher Infrastruktur (Flughäfen, Autobahnen) und dem staatlichen Verwaltungs- und Sicherheitsapparat (Schutz von Hab und Gut).

Familienbonus

Ein weiterer Programmpunkt ist die Fortsetzung der türkis-blauen Familienpolitik mit der Erhöhung der Untergrenze des Familienbo-

nus von 250 auf 350 Euro und des Gesamtbetrags von EUR 1.500 auf EUR 1.750 Euro. Einkommensschwache SozialleistungsempfängerInnen (Arbeitslose, SozialhilfebezieherInnen, Personen in Grundversorgung) profitieren davon jedoch nicht und scheinen auch nach den gesetzlichen Änderungen keinen Familienbonus zu erhalten. Die Schieflage im Familienbonus, dass Kinder von einkommensschwächeren Eltern oder AlleinerzieherInnen nur einen Teil des Bonus erhalten können, wird somit nicht ausgebessert.

Körperschaftssteuer von 25% auf 21% senken

Die Unternehmenssteuern für Körperschaften (Aktiengesellschaften, GmbH, usw.) sollen gesenkt werden, was dem Staat einen Einnahmefall von 1,5-2 Mrd. Euro beschert. Nicht nur das: Das Steuergeschenk an Großindustrielle und KonzerneigentümerInnen ist wirtschaftspolitisch völlig sinnlos. Eine IHS-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass eine Körperschaftssteuer der schlechteste Weg ist, um Investitionen zu fördern. Durch einen Euro KÖSt-Senkung ließe sich lediglich ein Wachstum von 80 Cent erzielen – ein desaströses Ergebnis für das staatliche Budget, weil zum mageren Wachstum unter einem Euro noch der Einnahmefall von einem Euro hinzukommt. Nobel im Ziel ist die Befreiung von der Kapitalertragssteuer für ökologische und ethische Anlagen, aber die Gefahr besteht, dass die Liste an Ausnahmen zu lang wird. Verteilungspolitisch hilft eine solche Befreiung auch nur jenen mit hohem Geldvermögen.

Steuerstruktur: Ökosoziale Steuerreform 2022

Während die Entlastungen zur Senkung der

Steuer- und Abgabenquote auf 40% mittels Entlastung bei Unternehmens- und Einkommenssteuern schon sehr konkret festgeschrieben sind, bleibt die ökosoziale Steuerreform vage. Die einheitliche Flugticketabgabe (12 Euro) erhöht die Kosten für die Kurz- und Mittelstrecke und hilft somit den CO2-Zielen, senkt aber die Kosten für die Langstrecke, die dort nicht eingerechnet werden. Die Ökologisierung des Pendlerpauschales, der LKW-Maut, des Dienstwagenprivilegs und der NOVA sind zwar vermerkt und einige Eckpunkte festgeschrieben, allerdings werden keine konkreten Modelle genannt. Auch der zweite Schritt, das grüne Herzstück der ökosozialen Steuerreform, die CO2-Bepreisung, bleibt gänzlich unkonkret. Das effizienteste ökonomische Instrument zur Kostenwahrheit bei CO2 soll eingesetzt werden. Eine CO2-Steuer bzw. ein nationales Emissionshandelssystem werden nur als Beispiele genannt. Danach wird eine Reihe von Kriterien und ein Implementierungspfad zur Erreichung der Klimaziele erwähnt, sowie eine Art „Ökobonus“ (genannt: „sektoral differenzierte Entlastungsmaßnahmen“) um sicherzustellen, dass es insgesamt „keine Mehrbelastungen für Wirtschaft und Private“ gibt. Insgesamt sind das alles nützliche Maßnahmen, aber ihre Allgemeinheit lässt Zweifel aufkommen, ob sie wirklich in der notwendigen Höhe kommen werden. Denn welche Verhandlungsposition hat Grün im Steuerstrukturbereich noch, wenn Türkis bereits alles konkret bekommen hat im Steuer-senkungsbereich? Falls die ÖVP die Regierung vor 2022 platzen lässt, kommt die ökosoziale Steuerreform außerdem überhaupt nicht. Bis dahin müssen die Grünen zweimal (2020 und 2021) womöglich weiter steigende CO2-Emissionen verteidigen.

Obwohl ein zentraler Punkt des grünen Wirtschaftsprogramms, kommen weder Erbschafts- noch Vermögenssteuern in der kommenden Legislaturperiode. Auch sonst sind keine vermögensbezogenen Steuern vorgesehen, verteilungspolitisch wird sich in den kommenden 5 Jahren hier nichts bewegen.

Weitere Maßnahmendetails:

Belegschaft am Gewinn beteiligen

Zwar mag es in Einzelfällen sinnvoll sein, die Belegschaft am Gewinn zu beteiligen, aber eine generelle Gewinnbeteiligung könnte zu Lasten der Löhne gehen, sofern sich der gewerkschaftliche Teil der Sozialpartner dagegen nicht wehren kann. Das unternehmerische Risiko wird somit auf die Beschäftigten abgewälzt: In guten Jahren gibt es für gleiche Arbeit mehr Lohn, in schlechten Jahren weniger. Ein konkretes Modell wird jedoch seitens der Regierung noch nicht präsentiert. Neben der KÖSt-Senkung und der Senkung der Tarifstufen bei der Einkommenssteuer ist dies eine weitere Maßnahme aus dem alten Türkis-Blauen Regierungsprogramm aus 2017.

Glücksspiel

Positiv sind die aufgezählten Maßnahmen zum Glücksspiel zu werten, wie z.B. eine Prüfung der Bundesregierung, ob weniger Video-Lotterie-Terminals (Glücksspielautomaten durch Bundeslizenzen) aufgestellt werden sollen. Bereits konkret geplante Maßnahmen gibt es aber noch keine. Man darf hoffen, dass sich der „Novomatic zahlt alle“-Sager von Heinz-Christian Strache nicht in der praktischen Verhinderung jeglicher konkreter Maßnahmen des Finanzministeriums auswirkt.

Privatpensionen und Kapitalmarkt fördern

Das Regierungsprogramm enthält ein staatliches Marketing-Programm für die Finanz- und Versicherungsindustrie. Eine Pensions-App soll eingeführt werden, in der alle drei Säulen dargestellt werden, um jedem Österreicher die Möglichkeit der Einzahlung in eine private Pensionskassa vor Auge zu führen.

Die „Abschaffung der privaten Kapitalgarantie“, d.h. es ist zukünftig möglich, dass ich weniger aus meiner Privatpension herausbekomme an Auszahlungen, als ich an Beiträgen eingezahlt habe, verleitet einerseits zur riskanten Veranlagung und ermöglicht höhere Gebühren der Versicherungsindustrie – kein guter Zugang, der an Negativbeispiele wie die Riester-Rente in Deutschland erinnert. Die „Stärkung der Finanzbildung“ zielt darauf ab, mehr Österreicher zu AnlegerInnen zu machen. Die zumeist trotzdem ahnungslosen Personen sitzen dann einem nach Provision bezahltem Bankberater gegenüber, der ihnen risikoreiche Produkte wie Aktien und Anleihen verkauft – mit entsprechendem Gewinn für Banken und Versicherungen. Auch sonst gibt es eine lange Liste an Plänen ausschließlich für den Kapitalmarkt. Positiv hervor dabei sticht lediglich, dass das Bestbieterprinzip bei öffentlichen Auftragsvergaben um ökologische Kriterien erweitert werden soll. Negativ ist, dass die Übererfüllung von EU-Richtlinien („Gold-Plating“), die zumeist aus guten Gründen erfolgt ist, wie schon unter Türkis-Blau abgebaut werden soll.

Industriepolitik

Mit der Erarbeitung einer nationalen Industriestrategie „Österreich 2040“ sollen Sektoren der Zukunft identifiziert und gefördert werden. Konkret findet sich aber wenig außer der Förderung von Unternehmensansiedlung und der Förde-

rung von Start-Ups (Etablierung einer neuen Gesellschaftsform), eine Senkung der Mindesteinlage bei GmbHs auf 10.000 Euro sowie eine schärfere Kontrolle ausländischer Investitionen. Auch die ÖBAG, die Beteiligungsagentur des Bundes, wird nicht auf konkrete Ziele verpflichtet. Ihr notwendiger Umbau in eine schlagkräftige Industrie-Agentur fehlt im Programm. Nachdem eine Industriestrategie erst zur Industriepolitik wird, wenn Geld eingesetzt wird, lässt sich wohl nicht von echter Industriepolitik im Programm sprechen – wengleich die Diskussion darüber schon ein Fortschritt im Vergleich zur Vergangenheit ist.

Kleinere steuerpolitische Maßnahmen & Internationales

Eine populäre Forderung, die es ins Regierungsprogramm geschafft hat, die real aber kaum nur ein paar Euro im Jahr für Frauen bringt, ist ein reduzierter Mehrwertsteuersatz für Damenhygieneartikel („Tampon-Steuer“), wohl von 20% auf 10%. Passend kurz nach dem Jahreswech-

sel wird des Weiteren die Schaumweinsteuer (Aufkommen rund EUR 20 Mio.) abgeschafft. Mehrere konkrete Maßnahmen für LandwirtInnen (3-Jahres-Gewinnverteilung, Einführung Gewinnrücktrag, usw.) und für FreiberuflerInnen (Ausweitung des Gewinnfreibetrags selbst ohne Investitionen auf EUR 100.000) haben es ebenfalls ins Regierungsprogramm geschafft. Die Abschaffung der Kalten Progression wird hingegen nur geprüft. Erfreulich ist, dass Österreich auf EU-Ebene zukünftig eine Kerosin- und Schiffsdieselbesteuerung vertreten und sich für europäische Zölle auf CO2 einsetzen wird. Das Bekenntnis zur Finanztransaktionssteuer ist auch positiv zu bewerten, wengleich die ÖVP die Ablehnung des Vorschlags des deutschen Finanzministers Scholz, der mehr in Richtung Börsenumsatzsteuer geht, durchgesetzt hat. Die national eingeführte Digitalsteuer soll hingegen bleiben.

/ Soziale Sicherheit, neue Gerechtigkeit & Armutsbekämpfung

Armutsbekämpfung

Im Kapitel Armutsbekämpfung möchte man die Zahl armutsgefährdeter Menschen (aktuell immerhin 1,2 Millionen Menschen) halbieren. Die Maßnahmen bleiben - gerade am Maßstab des grünen Wahlprogramms – aber schwach. Ein Mindestlohn von 1.750 Euro findet sich nicht im Programm. Löhne, die unter den niedrigsten Kollektivverträge liegen, sollen unter Einbindung der Sozialpartner erhöht werden.

Erst wenn das nicht funktioniert, soll das Bundeseinigungsamt einschreiten. Die Senkung des Eingangssteuersatzes bei der Einkommenssteuer von 25 auf 20 Prozent bringt Geringverdienern keine großen Gewinne. Weiter erhöht wird der Familienbonus, indem die Untergrenze von 250 auf 350 Euro pro Jahr und Kind und der Gesamtbetrag von 1500 auf 1750 Euro angehoben wird. Als Armutsbekämpfungsmaßnahme taugt das allerdings

nur wenig, weil MindestsicherungsbezieherInnen und Niedrigeinkommen keinen Familienbonus erhalten. Was ein "One stop shop" als aktivierende Hilfe für Erwerbsfähige sein soll, wird die Regierung wohl noch beantworten. Offenbar um Energiearmut zu bekämpfen sollen Sachleistungen und Beratung im Energieeffizienzgesetz geregelt werden, konkrete Umsetzung und ein Budget fehlen allerdings.

Das bundesweite Kältetelefon hat den Vorteil, gut zu klingen - es stehen in diesem Regierungsprogramm sicherlich schon schlechtere Ideen. Konkrete Unterstützung für Obdachlose wie etwa der Housing-First-Ansatz oder den Ausbau von Delogierungsprävention wäre aber wichtiger.

In einem Bildungsschwerpunkt verspricht Türkis-Grün zudem mehr Personal im Administrations- und Psychologiebereich in den Schulen. Ein Budget bleibt man dafür aber schuldig, das chronisch angespannte Budget des Bildungsministeriums wird zusätzlichen Support kaum möglich machen.

Zusätzliche Ressourcen soll es für Schulen in sozial schwachen Gegenden ("Brennpunktschulen) geben, die höheren Bedarf an FörderlehrerInnen und Co haben. Das verbirgt sich hinter dem Begriff Chancenindex. Gefordert wurde er von so unterschiedlichen Playern wie dem neoliberalen Thinktank Agenda Austria und der Arbeiterkammer. Die Regierung will zumindest einen Pilotversuch wagen und dafür 100 Schulen in Österreich einbeziehen. Das ist besser als nichts, aber angesichts der Herausforderungen nicht gut genug - zumal bei einem Thema, bei dem eigentlich Einigkeit über die ideologischen Grenzen hinweg herrscht. Ganztägige Schulen, mehr Elementarpädagogik-Ausbildungen, mehr Förderstunden (jeweils

ohne Zeit- oder Kostenplan) sind ebenso vorgesehen, haben mit Armutsbekämpfung aber nur sehr mittelbar zu tun.

Begrüßenswert ist hingegen das Bekenntnis zu vollfinanzierten Psychotherapieplätzen und besseren Leistungen beim Zahnarzt. Wie genau die Bundesregierung vorhat, ihr Bekenntnis zu konsumfreien Räumen im praktischen politischen Alltag umzusetzen, wird uns gegebenenfalls überraschen.

Armutsbekämpfung ist nicht die starke Seite dieser Regierung. Einzelne positive Maßnahmen können nicht über den Gesamteindruck hinwegtäuschen, dass das Ziel von weniger Armut so nicht erreicht werden kann. Zur heiß umstrittenen Mindestsicherung findet sich im Regierungsprogramm kein Wort. Die Höchstsätze für Kinder und die Kürzungsbestimmung bei Nicht-Nachweis von hohen sprachlichen Kenntnissen hat der Verfassungsgerichtshof zwar gekippt, damit bleibt die Sozialhilfe neu als Stückwerk Ländersache. Aktuell sind im drittreichsten Land der EU 372.000 Kinder und Jugendliche armutsgefährdet, 15 Prozent der MindestsicherungsbezieherInnen können ihre Wohnung nicht warm halten, ein Viertel wohnt unter desolaten Bedingungen und kämpft mit Schimmel, Fäulnis oder Feuchtigkeit. Ein bundesweit einheitliches und solidarisches soziales Netz zu knüpfen, nach dem Prinzip: „Grundrecht statt Almosen“ wäre als Paket gegen Armut überfällig.

Freiwilligenarbeit

Um Ehrenamt und unbezahlte Hausarbeit sichtbar zu machen, soll sie in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erfasst sein – eine gute Maßnahme, letztlich auch um Ansatzpunkte

für sozialpolitische Verbesserungen zu finden. Aufgewertet wird das Freiwillige Soziale Jahr. TeilnehmerInnen sollen eine Österreich-Card der ÖBB erhalten, eine höhere Entschädigung und bekommen das Jahr auf einschlägige Ausbildungen angerechnet.

Pflege

Generell problematisch ist der Fokus des Regierungsprogramms auf die Pflege zuhause, angesichts der Tatsache, dass Pflegearbeit an Angehörigen überwiegend von Frauen unbezahlt geleistet wird. Statt die Infrastruktur auszubauen, soll ein "Pflege daheim Bonus" kommen. Ein Mehr-Augen-Prinzip bei der Festlegung des Pflegegelds und die Weiterentwicklung der Einstufung ist hingegen zu begrüßen.

Insgesamt ist bei der Pflege kein großer Wurf gelungen. Letztlich geht es um Kleinigkeiten, die am bestehenden Setup geändert werden. "Community Nurses" in hunderten Gemeinden sind sicher hilfreich. "Bündelung und Ausbau der bestehenden Finanzierungsströme aus dem Bundesbudget unter Berücksichtigung der demografischen und qualitativen Entwicklungen" heißt jedenfalls nicht: großangelegter Infrastrukturausbau und flächendeckende Versorgung. Internationale Beispiele zeigen, dass kommunal organisierte bzw. verantwortete Pflege zu besseren Bedingungen führt, daran wird aber nicht gedacht.

Viele Maßnahmen sollen helfen, neues Personal für Pflege zu finden. Aber die Pflegelehre, das Setzen von Pflegeberufen auf die Mangelberufsliste und zusätzliche Kurz-Ausbildungskapazitäten werden eher nicht zur Aufwertung des Berufs beitragen, wenn nicht zum Gegenteil. Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen

in der Pflege wird nicht einmal versprochen.

Pensionen

Das Heranführen des Faktischen an das gesetzliche Pensionsalter steht wohl nicht zum ersten Mal in einem Regierungsprogramm. Inwieweit eine Informationskampagne zu Teilzeit und Frühpensionsantritt wirklich helfen kann, Altersarmut zu vermeiden, oder nur Angstmache betreibt, wird man an der Umsetzung sehen. Das automatische Pensionssplitting ist der ÖVP-Plan zur Verhinderung von Altersarmut, individualisiert das Problem von Kinderbetreuungsmöglichkeiten, mangelnder Vereinbarkeit von Beruf und Familie etc. aber nur. Auf einen Kinderbetreuungsplatz gibt es weiterhin keinen Anspruch. Für einen Ausbau der Plätze wird kein zusätzliches Geld locker gemacht.

Arbeit

Das Arbeitslosengeld soll "weiterentwickelt" werden: Anreize sollen arbeitslose Menschen dazu motivieren, wieder zurück ins Erwerbsleben zu kommen. Sollte das in Richtung gestaffeltes Arbeitslosengeld gehen, ist es hochproblematisch. Zu den ohnehin schwierigen ökonomischen, sozialen und psychischen Folgen von Arbeitslosigkeit kommt dann noch Angst vor zusätzlichen Sanktionen. Ins gleiche Horn bläst die Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitslose.

Sabbatical- und "Zeitkorridor"-Modelle ebenso wie das "Zeitwertkonto" (nach einer Sozialpartnereinigung) sollen helfen, Auszeiten und kürzere Arbeitszeiten besser managen zu können. Das ist prinzipiell zu begrüßen, hier wird aber ausschließlich an BesserverdienerInnen gedacht, keines der angedachten Modelle bildet

Lebensentwürfe unterhalb der Mittelklasse ab. Gerade im Niedriglohnbereich und für prekäre oder gefährdete Gruppen am Arbeitsmarkt hat das Regierungsprogramm hauptsächlich Verschlechterungen zu bieten. Die Verschlechterungen der Regierung Kurz I werden nicht zurückgenommen, kein Wort zum 12h-Tag oder genereller Arbeitszeitverkürzung. Von einer Erweiterung der Ansprüche als ArbeitnehmerInnen über den Status quo (v.a. Elternteilzeit) hinaus ist nichts zu lesen.

Die Effizienz des AMS soll geprüft werden. Jedenfalls zu begrüßen ist, dass gemeinnützige und sozialökonomische Betriebe weiter gesichert sind. Sie übernehmen wichtige Rollen in der Arbeitsmarktintegration.

Die Senkung der Gehaltsgrenze bei der Rot-Weiß-Rot-Card kann zur Erleichterung von Arbeitsmigration führen und Lohndumping erleichtern.

Gesundheit

Das Versprechen, Selbstbehalte im Gesundheitswesen nicht weiter auszuweiten, darf als Erfolg der Grünen gelten. Das Bekenntnis zur Selbstverwaltung der Sozialversicherung klingt ein wenig hohl, wenn gleichzeitig kein Wort zu der sich aktuell in Umsetzung befindlichen Reform der Sozialversicherung verloren wird. Die ArbeitgeberInnen behalten also die Mehrheit in der Kasse der Unselbständigen. Das Problem mangelnder medizinischer Versorgung im öffentlichen Raum wird erkannt. Das "Landarztstipendium" als Anreiz für Studierende, nachher befristet in Österreich zu arbeiten, wird seine Wirksamkeit erst beweisen müssen.

Frauen

Eine substanzielle Aufstockung der Budgets von frauenspezifischen Einrichtungen wie Frauenhäusern ist eine gute Nachricht. Beim Nationalen Aktionsplan Gewaltschutz fehlt die Finanzierung. Die hoch umstrittene Anzeigepflicht bei sexueller Gewalt wird nicht angetastet, die Kriterien dafür sollen allerdings präzisiert werden. Eine Frauenquote von 40% in der Führung staatlicher Unternehmen ist ein zaghafter (warum nur 40%?) Schritt in die richtige Richtung, das Up-Skirting-Verbot schließt eine Lücke. Im Unternehmensbereich sind keine robusten Maßnahmen zum Thema „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ vorgesehen. Zu einer gerechteren Aufteilung von Familienarbeit gibt es keine Ideen. Insgesamt fehlen ein Zeitplan, ein Budget. Der Frauenbereich hat für die Regierung ganz offensichtlich keine Priorität.

Familien

10.000 zusätzliche Betreuungsplätze pro Jahr sollen neu geschaffen werden. Mittelfristig soll ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr kommen. Einen Zeitplan oder Angaben zum Budget gibt es nicht. Positiv wäre es, wenn wie angekündigt Lücken in der Unterhaltssicherung geschlossen und Unterhaltsvorschüsse erweitert würden. Gerade das Unterhaltsthema bringt für AlleinerzieherInnen oft in heftige Schwierigkeiten. Der Ausbau der Väterkarenz oder ein bezahlter Papamonat findet sich nicht im Programm. Eine Reform des überschuldeten FLAF wird angekündigt, de facto aber ohne konkrete Ziele.

/ Bildung, Wissenschaft, Forschung & Digitalisierung

Digitalisierung:

„Chancen der Digitalisierung“ werden in den verschiedenen Kapiteln angeführt, also durchaus erkennbar ist der Versuch, Digitalisierung als Querschnittsmaterie anzuerkennen. Ein Paket gegen „Hass im Netz“ kommt ohne umstrittene Vorschläge wie eine Klarnamenspflicht/„digitales Vermummungsverbot“ aus, die die ÖVP noch in der letzten Regierung gefordert hatte.

Im Urheberrecht soll ein (kleines) „Recht auf Remix“ entstehen, soweit das EU-rechtlich möglich ist, insgesamt möchte man ein modernes Urhebervertragsrecht schaffen und die KünstlerInnen gegenüber den Produktions- und Vertriebsgesellschaften stärken.

Große Fortschritte gibt es im Bereich Open Data, hier soll das Prinzip „open by default“ für nicht personalisierte Daten des Bundes gelten.

Das Thema Überwachung zeigt die völlig unterschiedlichen Ausgangspositionen der KoalitionspartnerInnen. Einerseits sollen gesetzliche Regelungen evaluiert werden unter Einbindung der Zivilgesellschaft, andererseits möchte man weiterhin – trotz negativen VFGH-Entscheids vor wenigen Wochen – verschlüsselte Messenger-Dienste überwachen. Ein Digital-Check neuer Gesetze soll sicherstellen, dass neu geschaffene Verwaltungs-

prozesse immer auch digital, wenn möglich auch automatisiert vollzogen werden (können).

Weniger positiv ist das Fehlen systematischer Förderung von freier Software und freien Lizenzen im öffentlichen Sektor. Auch im Bildungsbereich fehlt das grundlegende Verständnis dafür, dass es nicht nur um die Digitalisierung von Lehr- und Lernunterlagen geht, sondern um offenen Zugang in Form von offenen Formaten und Lizenzen.

Medien

Das ORF-Archiv öffentlich und digital zugänglich zu machen, ist keine schlechte Idee; größere Freiheiten, etwa zur Stärkung öffentlich-rechtlicher Online-Angebote für den ORF fehlen allerdings im Programm. Eine Reform des ORF für mehr Unabhängigkeit? Fehlangezeige.

Eine erzwungene Kooperation des ORF mit Privaten ist eine fragwürdige Durchbrechung der dualen Logik.

Bildung

Der Chancen-Index kommt (siehe oben) als Pilotprojekt, die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen nicht. Auch der von ExpertInnen kritisierte Deutschklassen-Ansatz wird nicht zurückgenommen.

/ Europa, Integration, Migration & Sicherheit

Asyl

Die Linie von Türkis-Blau in Rhetorik und Maßnahmen wird de facto fortgesetzt. Illegale Migration und Schlepperei solle zurückgedrängt werden. Neue Rücknahmeabkommen mit Herkunftsländern durch Anreize und Sanktionen sollen abgeschlossen werden. Ein "grenznahe Asylverfahren" kann bedeuten, dass AsylwerberInnen in Sammelager ohne Zugang zur Rechtsberatung durch unabhängige Organisationen gebracht werden. Die unabhängige Rechtsberatung wird nicht wieder aufgenommen. Wie so oft in Aussicht gestellt wird eine Beschleunigung der Asylverfahren. Biometrische Techniken sollen angewendet werden, um Herkunftsländer von AsylwerberInnen zu bestimmen.

Ebenso im Kapitel Asyl findet sich der Plan, Präventivhaft über Personen zu verhängen, die die öffentliche Sicherheit gefährden - wie das verfassungskonform sein kann, bleibt rätselhaft.

Ein Unikum ist auch ein genau beschriebener "Eskalationsmechanismus", der letztlich in nur einem Thema, nämlich Asyl, die Tür zum

koalitionsfreien Raum öffnet. Das kann sinnvollerweise nur heißen: im Falle von erneuten größeren Ankünften von AsylwerberInnen darf die ÖVP im Parlament mit der FPÖ gemeinsame Sache machen.

Integration

Die ÖVP konnte sich mit einem Kopftuchverbot bis 14 durchsetzen, bei dem völlig offen bleibt, wie es durchgesetzt werden kann und welche Folgewirkungen es hat. Zusätzlich sollen Islamische Bildungseinrichtungen verstärkt kontrolliert, und Eltern, die nicht ausreichend am Schulalltag partizipieren, mit Verwaltungsstrafen belangt werden.

Landesverteidigung

Kurz bleibt das Kapitel Landesverteidigung: So findet sich kein Wort zur Neuanschaffung von Kampfflugzeugen, aber ein Bekenntnis zur Luftraumüberwachung durch das österreichische Heer. Oft diskutiert, nun versprochen ist die Einführung einer "Teiltauglichkeit". Sie soll mehr junge Männer in den Grundwehr- bzw. Zivildienst bringen.

Die vorliegende Analyse ist eine erste Version des veröffentlichten Regierungsprogramms, die laufend weiterbearbeitet werden wird. Einen ergänzenden Überblick über die Machtverteilung zwischen ÖVP und Grüne wird im Ministerien-Check bereitgestellt. Das Dokument kann per PDF von folgendem Link downgeloaded werden: <https://www.momentum-institut.at/news/index-der-macht-wer-hat-wie-viel-einfluss-der-regierung>.

/ AutorInnen und Kontakt

Oliver Picek, Anna Hehenberger, Dominik Gries,
Barbara Blaha, Leonhard Dobusch.

Stand: 3. Jänner 2020

/ Momentum Institut

Märzstraße 42/1,
1150 Wien, Österreich

kontakt@momentum-institut.at

www.momentum-institut.at